

Abonnementspreis viertelj. 6/8, Halbj. 12/8, und. Bringerlohn 5 W. Durch die Post bezogen 8 W. Jede einzelne Nummer 25 W. Belegexemplar 10 W. Gebühren für Extrablätter ohne Postförderung 50 W. mit Postförderung 45 W.

Inserate 5 Gsch. Zeitzeile 20 W. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichnis. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsdruck die Spaltzeile 40 W. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichnis. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pro numerando oder durch Postnachschuß.

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 136.

Dienstag den 20. April 1880.

74. Jahrgang.

Zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Königs von Sachsen wird

Freitag den 23. April d. J., Mittags 1¹/₂ Uhr

ein Festmahl im hiesigen Schützenhause stattfinden.

Alle, welche sich betheiligen wollen, werden gebeten, die Tafelkarten à 4 W. bis zum Abend des 22. dieses Monats bei Herrn Rührich im Schützenhause zu entnehmen. Tafelplätze werden auch Bestellungen auf Tafelplätze angenommen. Leipzig, am 12. April 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi.

Wesserschmidt.

Bekanntmachung.

Die an der Weissenasse unter Nr. 16b, Nr. 16c, Nr. 17/18 gelegenen Hausgrundstücke, sowie das Hausgrundstück Nr. 81 des Vetschsteinwegs sollen
Mittwoch, den 5. Mai d. J., Vormittags 10 Uhr,
im großen Saale der alten Waage, Rathhausstraße Nr. 29, 2. Stockwerk, ungetrennt auf den Abbruch versteigert werden.
Die Versteigerungsbedingungen liegen in unserem Bauamte (Hochbauverwaltung), Rathhaus, 2. Stockwerk, zur Einsichtnahme aus.
Leipzig, am 16. April 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Baummann.

Bekanntmachung.

Wir wollen nicht unterlassen, auf die hierorts bestehende Bestimmung aufmerksam zu machen, wonach, wenn eine Familie mehr als drei Kinder zu gleicher Zeit zur Volksschule schickt, auf Ansuchen der Eltern oder deren Stellvertreter nur für die drei jüngsten Kinder Schulgeld erhoben werden soll.
Diese Bestimmung kann selbstverständlich dann keine Anwendung finden, wenn schon einem oder mehreren Kindern einer Familie freier Schulunterricht gewährt wird.
Leipzig, am 16. April 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Behmet.

Bekanntmachung.

Die Fahrstraße der Reichstraße zwischen dem Bühl und der Grimmaischen Straße soll mit befestigten Steinen I. Klasse neu gepflastert und diese Arbeit an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.
Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen bei unserer Tiefbauverwaltung, Rathhaus II. Etage, Zimmer Nr. 18, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.
Bzgl. Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Pflasterung der Reichstraße betr.“
verschieden ebendort und zwar bis zum 29. April l. J., Nachmittags 5 Uhr einzureichen.
Leipzig, am 17. April 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wilsch, Wk.

Bekanntmachung.

Die noch in unserer Verwahrung befindlichen Communalgardengewehre, Percussionsklingen, an der Zahl 292, ingleichen 1 Trommel, 131 Patronentaschen, 133 diverse Riemen, 13 Koppeln und 139 Bajonettscheiden sollen
am 23. April d. J. von Vormittags 10 Uhr
in der Rathswache meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.
Leipzig, am 17. April 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Richter.

Dank!

Am diesjährigen Ofterfest sind von Herrn und Frau Pastor Berger der hiesigen Kirche reiche Geschenke insofern zu Theil geworden, als dieselben eine kostbare Kanzel und Altarbespannung, ein neues silbernes Hostiengefäß und einen werthvollen Teppich auf den Altarplatz beschafft haben.
Anderm wir diese hochherzige That der edlen Schenkgeber zur öffentlichen Kenntniss bringen, wollen wir gleichzeitig unsern aufrichtigsten und herzlichsten Dank auch an dieser Stelle ausgesprochen haben und den Wunsch ausdrücken, daß in unserer Gemeinde wie bisher auch in Zukunft allezeit Friede und ein inniges Verhältniß zwischen Seelsorger und Gemeindegliedern bestehen möge.
Gutrich, am 10 April 1880.

Der Kirchenvorstand
Fr. Dertel,
stellvertretender Vorsitzender.

Parlamentarische Lage.

Zur Geschäftsstunde des Reichstages wird uns aus Berlin vom Sonntag geschrieben: In demselben Maße, wie die Reihen der Abgeordneten im Reichstage sich lichten (die Zahl von fast 320 bei der namentlichen Abstimmung über das Wittatengesetz war schon am nächsten Tage auf 220 zusammengeschmolzen), in ähnlichen, nur umgekehrten Verhältniß weisen die Bänke des Bundesraths eine so stattliche Ziffer von Vertretern der Einzelstaaten auf, wie sie vielleicht seit den Fiftziger Jahren nicht bemerkt worden ist. Insofern hat die Kanzlerkrise ihre Wirkung gethan. Ob nicht etwas Demütigendes in diesem beinahe militärischen „Appell“ liegt und ob nicht das Endergebnat der Bewegung weit über das ursprüngliche Ziel hinausgegangen sei, das ist eine Frage, die gerade den aufrichtigen Freunden einer auf verfassungsmäßigen Wege sich anbahnenden Kräftigung der Einheitselemente mit besonderem Ernst erwecken wird. Wenn man gegenwärtig von einer Beilegung der Differenzen zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Bundesrath spricht, so erwidern gouvemenentale Abgeordnete, daß dies sich nur auf die formelle Lösung der Frage beziehen könne, und daß trotz aller Dementis weitgreifende Personaländerungen unvermeidlich und binnen Kurzem zu erwarten seien. Wie weit diese Behauptungen ein Reflex der nächsten Zukunft sind, mag dahingestellt bleiben. Schon diese Woche dürfte, wenigstens in einem Punkt, hierüber Klarheit geschaffen, und man ist gespannt darauf, wie der Staatssekretär Stephan bei Gelegenheit der Beratung des Stempelsteuerentwurfs im Reichstage Stellung nehmen wird zwischen seinem ursprünglichen Widerspruch gegen die Besteuerung der Postkittungen einerseits und der ihn verfassungsmäßig bliegenden Pflicht andererseits, die Vorlage der Reichsregierung, soweit sie sein Specialresort berührt, zu begründen und zu verteidigen. Nicht bloß der nealiche officielle Ausfall auf „König Stephan“, sondern auch die bekannte autoritative Natur desselben lassen erwarten, daß er den Gang nach dem „inneren Canossa“ nicht antreten, vielmehr dem Conflict, in den er mit sich selbst und dem Fürsten Bismarck gerathen ist, aus dem Wege gehen wird. Wenn übrigens im Zusammenhang mit der erschütterten Stellung Stephan's auf Neue das Gerücht auftaucht, sein Resort solle mit dem des preussischen Verkehrs-Ministers verschmolzen und Post und Telegraphie Herrn Maybach unterstellt werden, so ist einzuweisen nicht zu übersehen, was an dieser Nachricht begründet ist; wir registriren dieselbe als Nachricht für das Ungeheime und Gespannte der Situation. Als Thatsache kann sowohl die tiefgehende Differenz zwischen Stephan und dem Reichskanzler, als auch die persönliche Sym-

pathie des Letzteren für den Eisenbahn-Minister Maybach gelten, die trotz verschiedentlicher Irrungen in jüngster Zeit und trotz entgegenstehender Behauptungen nach wie vor vorhanden ist.
Im Präsidium des Reichstages bestand die Absicht, den Gesetzentwurf, betreffend die Erhebung von Stempelsteuer, bereits auf die Tagesordnung vom Montag zu legen. Da indessen die Berathung über die Verlängerung des Socialistengesetzes am Sonnabend so große Verhältnisse angenommen, daß deren Verlegung sich als notwendig erwies, so dürfte der Bären-, Bess- und Luittungshempel erst am Dienstag zur ersten Lesung gelangen. Dieser Tag wäre allerdings insofern für einen wichtigen Gegenstand ungünstig gewählt, als an demselben durch die feierliche Eröffnung der internationalen Fischereiausstellung sehr viele Mitglieder theils freiwillig, theils ex officio von den Verhandlungen fern bleiben würden. Es besteht deshalb die Absicht, die Sitzung erst auf eine späte Nachmittagsstunde anzuberäumen. Am Donnerstag wird eventuell der Antrag Richter-Hagen bezüglich des Tabakmonopols zur Diskussion gelangen. Falls derselbe überhaupt zur Verhandlung kommt, werden dem Vernehmen nach von Seiten der Conservativen Gegenanträge auf Uebergang zur einfachen, bezw. zur motivirten Tagesordnung, je nach der verschiedenen Stellungnahme der Fractionen der Rechten, vorbereitet. Doch war bis heute Genaueres schon deshalb nicht bekannt, weil sich unter den conservativen Abgeordneten selbst vielfach die Meinung geltend machte, man müsse zunächst die Erklärungen der Reichsregierung abwarten und man könne erst je nach dem Ausfall derselben eine definitive Entscheidung treffen. Allgemein erhält sich indes die Ansicht, daß der Antrag Richter verfrüht sei und daß die Debatte sehr wenig Klarheit und Beruhigung für die bedrohten Interessenten sowohl wie für den Reichstag selber schaffen werde. Es ist demnach gar nicht unwahrscheinlich, daß durch ein stillschweigendes Uebereinkommen, dem auch die Fortschrittspartei aus taktischen Gründen sich nicht widersetzen würde, die ganze Angelegenheit bis zum Schluß der Session, d. h. für diese Session überhaupt, verschoben und damit erledigt wird. Daß für den Schluß der Woche schon die Beratung der Samoa-Vorlage auf die Tagesordnung gesetzt werden wird, ist als ziemlich gewiß anzusehen. Die Aussichten für die Zinsgarantie des Reichs haben sich in letzter Zeit gebessert, womit nicht gesagt ist, daß deren Annahme jetzt unabweisbar wäre. Nach der Stimmung in den Fractionen zu urtheilen, dürften indes in dieser Frage nur die Conservativen geschlossen für, die Fortschrittspartei ebenso geschlossen gegen die Vorlage stimmen. Die Nationalliberalen sowohl wie das Centrum werden dagegen getheilt votiren, und zwar in der Art, daß von den ersteren

eine immerhin ansehnliche Minorität den Gesetzentwurf ablehnen, von den letzteren gleichfalls eine Minorität ihn annehmen wird. Ein vierter Gesetzentwurf, der noch der Beratung des Reichstages harret, ist der über die Verlängerung der Etats- und Legislaturperioden. Er ist als Nr. 4 der Drucksachen, also gleich im Anfang der Session, zur Vertheilung gelangt, aber bisher hat noch Niemand daran gehen wollen, ihn herbeizuziehen. Er kann mit Fug und Recht als ohne Gebränge begraben gelten.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 19. April.

Die preussische Orthodoxie ist den gegen die ultramontanen Uebergriffe gerichteten Raigeetzen bekanntlich sehr abhold. Jetzt nimmt das Organ der Berliner Hespredigerpartei, die „Neue Evangelische Kirchenzeitung“, das Wort über den Beschluß der preussischen Staatsregierung bezüglich des päpstlichen Breve, wobei die Meinung ausgesprochen wird, wie aus der Sachlage klar hervorgeht, daß der Stand der Verhandlungen mit Rom nicht allzu günstig sein könne und jedenfalls von einer Beantwortung des Staatsministerialbeschlusses durch die Vermittelung des päpstlichen Nuntius in Wien noch nichts bekannt geworden sei. Dabei fehlt es nicht an Angriffen auf die Raigeetze, die, wie angedeutet wird, stellenweise das Recht der Kirche verletzt und den Staat zur Ueberschreitung seiner Grenzen gebracht hätten. „Wie hätte der Streit so verheerende Dimensionen angenommen, nie hätte er die evangelische Kirche so stark in Mitleidenschaft gezogen, wäre Fall mit einem andern Generalstabe umgeben gewesen.“ Und doch kommt das genannte Organ zu dem Schlusse, daß ein endgültiger Friedensstand für alle Zeiten nicht zu gewinnen sein werde, weil Rom nur Capitulationen schließe. Nach diesen und ähnlichen Äußerungen braucht man auf die in den Tagen vom 24. bis 27. l. W. stattfindende Berliner Pastoralconferenz und die mit derselben verbundenen Versammlungen, bei welchen der Hesprediger Stöcker über „Bedingungen und Hoffnungen bei Beendigung des Culturkampfes“ sprechen wird, nicht weiter gespannt zu sein.

Die „National-Zeitung“ nimmt sich die Mühe einer Abfertigung des Centrums in Bezug auf die Haltung desselben während der Beratung des Socialistengesetzes. Das genannte Blatt schreibt: „Der conservative Hauch, der jetzt vom Centrum herbläst, weht erkaltend auch zu den Socialdemokraten hin. Herr Windthorst, der vor zwei Jahren das ganze Gesetz mit großer Schärfe zurückwies — der ungläublichen Ausfälle des Herrn v. Schorlemer darauf gar nicht zu

gedenken — will sich heute dabei zunächst beruhigen, wenn nur als Beschwerde-Instanz das Reichsgericht statt der Commission genommen würde. Wir geben zu, daß das Gesetz mit demselben Nachdruck fungiren kann, mag eine Commission oder das Reichsgericht über Beschwerden erkennen. Aber wir bestreiten, daß es der Stellung des Reichsgerichts entspricht, einer solchen Aufgabe sich zu unterziehen. Wenn man das Reichsgericht mit der Führung des Polizeipräsidiums von Berlin betraute, so würde uns das amüsant gerade so passend erscheinen. Das Socialistengesetz soll präventiv wirken, wie die Polizei zu wirken berufen ist. Das ist aber nicht des Amtes eines Reichsgerichts, des Cassationshofes für Deutschland, und wenn Herr Windthorst das nicht einsieht, so bleibt bei seinem durchdringenden Scharfsinn nur die Annahme übrig, daß er sehr bewegende Gründe hat, dies nicht einsehen zu wollen, und diese Gründe liegen vielleicht nicht weit...“

Kunmehr ist auch das amtliche Resultat der Erstwahl im zweiten Berliner Wahlkreise festgestellt worden, so daß Birschow in der heutigen Sitzung des Reichstags (Montag) bereits seinen Platz einnehmen kann. Für die Erstwahl im fünften Berliner Reichstagswahlbezirk ist noch kein Termin anberaumt, der Bezirk wird demnach für den Rest der Session untertreten sein; dagegen wird im vierten Landtagswahlbezirk, dessen eines Mandat ebenfalls durch Zimmermann's Tod erledigt ist, am 7. Mai ein neuer Abgeordneter gewählt werden, der also jedenfalls noch während der Nachsession des preussischen Landtages thätig sein kann. Eine bestimmte Candidatur ist bisher hierfür ebenso wenig wie für die Reichstagswahl ins Auge gefaßt worden. Von Windthorst-Vielefeld kann, so schreibt man uns aus Berlin, nur wiederholt werden, daß er ein Mandat ablehnt. Wahrscheinlich kommt in einem der beiden Wahlbezirke, vielleicht in beiden, der Aquariums-director Dr. Hermes, der in der localen Agitation eine gewisse Rolle zu spielen gewohnt hat, in Frage. Sein Bruder, der Reichstagsabgeordnete für Hiltzberg-Ludowigsdorf-Bauch-Geitz ist für Potsdam an Wulfsheim's Stelle Landtagscandidat der Fortschrittspartei. Seine Wahl ist indes aus mancherlei Gründen eben so wenig gesichert, wie diejenige des Berliner Predigers Reßler, Vertreters von Ostbavelland im Abgeordnetenhaus, der von der Fortschrittspartei gleichfalls zum Nachfolger Wulfsheim's für Potsdam-Ostbavelland designirt ist. Als Gegenkandidat ist von den Conservativen der Landrath des Kreises Ostbavelland, Graf v. Königsmark, in Aussicht genommen.